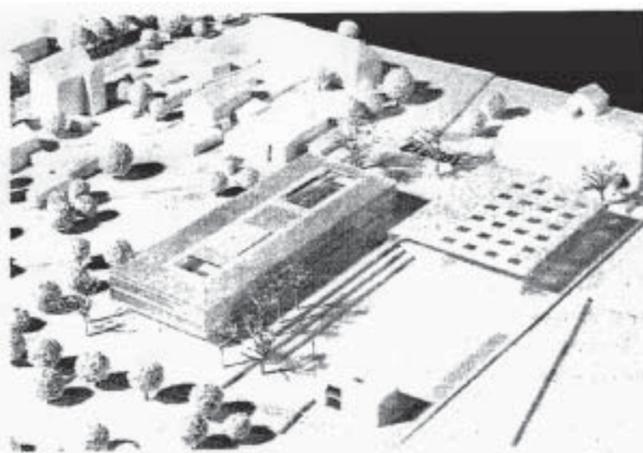


Drake-Areal: Jetzt ein Leckerbissen für Privatschulen?

In der Frankfurter Rundschau vom 10. November 2005 war zu lesen, dass das Gelände der ehemaligen Drake-Scholl zu günstigen Konditionen an private Träger verschert werden soll.

„Das hat Hand und Fuß“, die Privatschulen haben einen „ziemlich guten Zulauf“ wird M. Damian, persönlicher Referent der grünen Bildungsdezernentin zitiert, der die Namen von zwei Interessenten unter Verschluss hält.

Max Schmidt (SPD-Ortsvorsteher im Bezirk „Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim“) kritisierte „Wir brauchen eine weiterführende



Modell der bisherigen Planung der Drake-Schule

Schule für alle Schichten. Wer kann sich denn heute noch eine Privatschule leisten?“ Auch Alexander Zabler (Leiter der C. Mierendorff-Schule) erklärte: „Da dominieren geschäftliche die pädagogischen und sozialen Interessen.“

Es wird darüber spekuliert, dass die Lehrerkooperative und/oder der Internationale Bund für Sozialarbeit (IB) die Firmen sind, die sich für das Drake-Gelände interessieren.

Der Leiter der Lehrerkooperative war grüner Fraktionsassistent im Hessischen Landtag. Ihm wird nachgesagt, dass er schon vor vielen Jahren eine Privatschule errichten wollte.

Der IB ist in Baden-Württemberg ins Ersatzschulgeschäft eingestiegen.

Wenn man die Vorgeschichte der IGS auf dem Drake-Gelände Revue passieren lässt (siehe Kasten), so kann man sich nur noch ärgern darüber, wie Politiker durch eine chaotische Politik Chancen verschleudern und am Ende noch Steuergelder.

Dass dabei die Grünen „dem Fass den Boden ausschlagen“, indem sie zunehmend auf Privatisierung setzen, zeigt, dass das Nachdenken seit dem (zum Glück vereitelten) Cross-Border-Leasing-Geschäft nicht sehr weit geführt hat.

Aus dem Ortsbeirat 10 (zuständig für Drake) vom 14.11.2005

1) Betreff: Bereitstellung der Finanzmittel für den Bau der Drake-Middle-School

Der Ortsbeirat möge beschließen: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat wird aufgefordert, die entsprechenden Ämter anzuweisen, folgende Fragen zu beantworten:

In dem Bericht des Magistrats vom 5.3.2003, ST 352 unter Punkt 2 wurden zum Bau der Drake-Middle-School folgende Finanzmittel genannt, bzw. in den Haushalt eingestellt: 927.000,- Euro, für die Jahre 2004 bis 2007 insgesamt 23.472.000,00 Euro. Diese Mittel wurden für den Bau der Drake-Middle-School eingesetzt. Gibt es Überlegungen diese Gelder für andere Projekte zu verwenden?

In der Stellungnahme des Magistrats vom 23.4.05, ST 525 wird berichtet, dass Geldmittel in Höhe von 3.989.830,00 Euro für den Erwerb des Geländes für die Drake-Middle-School verausgabt wurden. Weiterhin wurden 650.000,00 Euro für den Abbruch des alten Gebäudebestandes ausgegeben und nochmals entstanden Kosten von 50.000,00 Euro für die Durchführung des Planungswettbewerbes zum Neubau der Schule. Wenn bisher eine Gesamtsumme von

4789830,00 Euro ausgegeben wurde, für den Bau der Drake-Middle-School, weitere Summen sind ja schon bereitgestellt worden, können wir doch von der Verwirklichung ausgehen.

Beschlossene Anfrage des Ortsbeirats 10 an den Magistrat

2) Betreff: Drake-Middle-School ist keine Privatschule, sondern eine Schule für alle

Der Ortsbeirat 10 hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Thema einer Gesamtschule auf dem Gelände der ehemaligen Drake-Middle-School auseinandergesetzt. Dabei wurden seit 1996 unterschiedliche Modelle zum Bau einer Gesamtschule entwickelt und beschlossen. Bei diesen Beschlüssen orientierte sich der Ortsbeirat an den in Schulversammlungen geäußerten Elternwillen.

Nachdem das hessische Kultusministerium klarstellte, dass seines Erachtens eine kooperative Gesamtschule nicht genehmigt werden könne, beschloss der Ortsbeirat, dass eine integrierte Gesamtschule mit einem pädagogischen Ganztagsangebot gebaut werden sollte. Bis heute harrt der Ortsbeirat der Umsetzung dieser „Schule für alle“.

Deshalb entsetzt es den Ortsbeirat, dass an diesem Standort keine Schule für alle, sondern eine Schule für einige Reiche geben soll. Dies läuft allen Interessen in den Stadtteilen zuwider.

Dies vorangestellt fordert der Ortsbeirat den Magistrat auf: die Errichtung einer integrierten Gesamtschule auf dem Gelände der Drake-Middle-School schnellstmöglich in die Wege zu leiten; den Ortsbeirat in Kenntnis darüber zu setzen, warum dies noch nicht geschehen ist; zu erläutern, wie im Frankfurter Nordosten, der viele Baugebiete hat und noch viele erhalten wird, die schulische Versorgung – auch mit weiterführenden Schulen – gewährleistet werden kann; die Verhandlungen zum Bau einer Privatschule einzustellen, denn eine Vergabe an Private hat zur Folge, dass die Fläche fehlen wird; dafür Sorge zu tragen, dass der Erstwunsch vieler Eltern nach einer wohnortnahen Beschulung ihrer Kinder in einer ganztägigen, integrierten Gesamtschule erfüllt werden kann.

Antragstellende Fraktion: SPD

PS: Dieser Antrag wurden mit Stimmenmehrheit abgelehnt, auch mit denen der Grünen.(red.)

Drake-Hintergrund

Der lange Weg in die Sackgasse – Der Genehmigungserlass des HKM legt schon mal die Daumenschrauben an, die Stadt lässt sich willig abführen.

Zur Vorgeschichte:

1992 wurde der Schulentwicklungsplan in seiner Ursprungsform beschlossen, einige kleinere Schulorganisationsmaßnahmen zwischendurch vom HKM genehmigt. Eine Fortschreibung ist alle 5 Jahre vorzulegen. Dies war im Mai 2000 der Fall - und fast drei Jahre hat es gedauert, bis das HKM jetzt mit einem „Genehmigungserlass“ reagiert hat, der eigentlich ein Nichtgenehmigungserlass ist.

Wäre es nach den ursprünglichen Plänen gegangen, wäre im letzten Jahr die sogenannte Drake-Schule als Gesamtschule im Frankfurter Norden eröffnet worden, die jetzt ebenso gestrichen ist wie die seit 1985 (!) geforderte Gesamtschule in Nied, die dann eine Haupt- und Realschule werden sollte, bevor sie schließlich ganz gekippt wurde.

Der Atem der Bürgerbewegungen für neue Gesamtschulen war lang, aber Politiker kriegen es hin, auch diesen zu rauben.

Als Zynismus muss das Kollegium der Ernst-Reuter-Schule II den folgenden Satz im HKM-Erlass empfinden: „Eine Entlastung der Ernst-Reuter-Schule im Planungsbezirk 8 ist durch die Errichtung einer Schule mit anderer Schulform im Planungsbezirk 10 nicht zu erwarten.“

Zur Erinnerung: Sowohl vom Schuldezernat als auch vom Staatlichen Schulamt war die 8-zügige Auslegung der Ernst-Reuter-Schule II als lediglich vorübergehend bezeichnet worden – bis die Drake-Schule eine Reduzierung wieder möglich mache. Unsere damalige Skepsis erwies sich einmal mehr als nur allzu berechtigt.

Aus FLZ 2/2003

McKinsey kommt ...

... heimlich, still und leise durch die Hintertür der Frankfurter Schulen!

Georg-Büchner-, Karmeliter-, Anne-Frank-, Elisabethen-Schule kommen in den „Genuss einer exklusiven, kostenlosen Beratung“ des global player McKinsey, der sich auch als Vorreiter bei Arbeitsplatzabbau und bei Privatisierung von Krankenhäusern einen Namen gemacht hat. Die Schulgemeinden sollen angesichts leerer Kassen „in die Geheimnisse des modernen Marketings eingeweiht und in die Lage versetzt werden, künftig selbständig systematisches Fundraising und gezielte Sponsorensuche zu betreiben“ (Junge Welt, 12.11.05) oder einfacher formuliert: sie sollen das „Klinkenputzen“ bei Unternehmen lernen.

LehrerInnen sollen Zeit und Kraft in Aufgaben verausgaben, die nicht zu ihrem eigentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag gehören, SV'en und Elternvertre-

ter sollen ebenfalls eingespannt werden bei der Jagd nach Sponsoren. Wenn tatsächlich Unternehmen in diese vier Schulen investieren, so werden sie ihre eigenen Interessen verfolgen, die weniger auf pädagogischen Grundsätzen als vielmehr auf Gewinnstreben basieren.

Der Vorsitzende des Stadtteilbeirats in Frankfurt, Wilfried Volkmann kritisiert in einem „offenen Brief“ dieses Modell-Projekt (s. FR 5.11.05, S. 36):

„In zunehmendem Maße werden öffentliche Schulen von der Politik wie kommerzielle Einrichtungen behandelt. Diese Tendenzen höhnen jedoch schleichend das allgemeine Bürgerrecht auf schulische Bildung aus. ...

Nicht die Schulgemeinden müssen mehr finanzielle Mittel ...

einwerben, sondern es ist Aufgabe der öffentlichen Hände in Stadt und Land, den Schulen in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Grundrecht auf unentgeltliche Schulbildung (siehe Hessische Verfassung) verwirklicht werden kann.“

In der Georg-Büchner-Schule informierte die Schulleitung erst über das Projekt, als es bereits beschlossen war. Weder Gesamtkonferenz noch Schulkonferenz oder Personalrat hatten die Möglichkeit, im Vorfeld zu diskutieren und zu entscheiden. KollegInnen in der Anne-Frank-Schule haben aus der Zeitung erfahren, was ihnen bevorsteht.

Auch das Stadtschulamt hüllt die konkreten Vereinbarungen mit McKinsey in einen Mantel des Schweigens, ein Mitarbeiter des

Unternehmens erklärte: „Pro Bono-Projekte werden nicht öffentlich kommuniziert.“

Die Frage nach dem Demokratie-Verständnis scheint ebenso ein veraltetes Relikt zu sein wie Personalratsrechte und Tarifvereinbarungen für den Deutschland Chef-Berater Jürgen Kluge, empfiehlt er doch in seinem „Vier-Punkte-Plan zur Bildungsreform in Deutschland“

„Die Schulleitung muss Personalentscheidungen – von der Einstellung über die Personalentwicklung bis hin zur Entlohnung – eigenständig treffen können.“ http://www.mckinsey-bildet.de/downloads/07_kontakt/PM_Kongress_Vier_Punkte.pdf

Die Alarmglocken sollten in den Schulen läuten, zumal dem McKin-

sey „Pro-Bono-Projekt“ evtl. bald ein weiterer Coup folgt:

„Schon im kommenden Jahr soll der Startschuss für das Programm »Partners in leadership« nach englischem Vorbild fallen, an dem die Deutsche Bank, die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft KPMG und die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) beteiligt sind. Hierbei sollen Führungskräfte von Unternehmen zur »Horizontenerweiterung und Imageförderung« von Unternehmen für drei Monate freigestellt werden, um Schulleiter in Sachen Qualitätsentwicklung, Marketing und Promotion zu coachen.“ (Junge Welt, 12.11.05).

Handeln die Verantwortlichen im Stadtschulamt etwa nach dem Motto: „Von Ackermann lernen, heißt siegen lernen“ ?